



Spielberger Nachrichten

Nummer 58, Juli 2022
Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ

KPÖ

Die Preise explodieren - Zeit zu handeln!

8,7 % Inflation, so viel wie seit über 40 Jahren nicht. Die Preise, vor allem für Energie, aber auch für Lebensmittel und Wohnen, explodieren. Für immer mehr Menschen, auch jene mit mittleren Einkommen, wird die Teuerung immer mehr zum Problem. Heizen, Wohnen - das tägliche Leben wird zum Luxus.

460 Euro wird ein durchschnittlicher steirischer Haushalt im Jahr 2022 mehr fürs Heizen ausgeben müssen als im Vorjahr. Hauptpreistreiber ist Erdgas, aber auch Strom, Pellets und Fernwärme sind deutlich teurer geworden. Die Wohnkosten sind in den letzten 10 Jahren um 32% gestiegen, dabei ist die heurige Teuerung noch nicht eingerechnet.

Lebensmittel sind durchschnittlich 10,3 % teurer geworden. Insbesondere Weizenprodukte, aber auch Fleisch und Milch liegen noch deutlich darüber. Die Treibstoffpreise sind um über 60 % gestiegen, wobei hier Österreich sogar vor einigen Nachbarländern liegt.

Preise steigen - Löhne stagnieren

Was aber nicht, oder viel zu wenig steigt ist das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung. Im Jahr 2022 werden die Reallöhne um 2,3% sinken. Vor allem für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen ergeben sich dadurch starke Verluste, da sie den größten Teil ihres Einkommens genau für die Produkte ausgeben müssen, die am stärksten von der Teuerung betroffen sind.

Spekulation für die Hälfte des Anstiegs verantwortlich

Der Krieg in der Ukraine wird häufig als Ursache der Krise und der Inflation genannt und er ist auch ein verstärkender Faktor. Doch bei den Preisen war schon Ende des letzten Jahres ein Anstieg erkennbar. Energiekonzerne nutzen die Krise um Profit zu schlagen: Obwohl ein großer



**8% TEUERUNG
IST WIE:**

13 Mal Miete zahlen
13 Mal Monateinkauf zahlen
13 Mal Strom und Heizung

ohne dass mehr Wohnung, mehr
Essen, mehr Licht da ist.

KPÖ
www.kpoe.at

Teil des österreichischen Stroms aus Wasser- und Windkraft gewonnen wird, wird der Strompreis nach dem Gaspreis berechnet. Für allein die Hälfte des Preisanstiegs ist die Spekulation an den Börsen verantwortlich.

ÖkonomInnen haben untersucht, dass die Inflation in manchen Branchen dazu genutzt wird, die Preise um mehr als die Teuerung zu erhöhen und so nicht nur die gestiegenen Kosten an KundInnen weiterzugeben, sondern die Profite gleich mit zu erhöhen. Hier muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden!

PeaceHour statt Airpower!

ein Zeichen für den Frieden statt einer Waffenschau

Vortrag: Aufrüstung und Klimakrise

Podiumsdiskussion mit
Dr. Erwin Buchinger

Sozialminister a.D.

Berndt Luef Trio

Dienstag, 30. August

18:30 Uhr

Weißer Saal, Kulturhaus Knittelfeld

Antrag der KPÖ einstimmig angenommen: Maßnahmenpaket gegen Teuerung im Sozialausschuss

Durch die massive Teuerung fällt es immer mehr Menschen schwer mit ihrem Einkommen über die Runden zu kommen. Die Preissteigerungen sind so gewaltig, dass nicht nur Menschen mit geringem Einkommen, sondern auch Menschen mit einem durchschnittlichen Einkommen Probleme haben.

Zwar gibt es von Bund und Land verschiedene Maßnahmen, aber das wahre Ausmaß der Belastung wird dadurch nicht abgefedert. Deshalb sollte auch unsere Gemeinde Maßnahmen überlegen und beschließen.

Auf Antrag der SPÖ wurde bereits einen Teuerungsausgleich in Form eines Einkaufsgutscheins über 100 Euro beschlossen. Bei diesem Modell wird das 13. und 14. Gehalt zur Einkommensberechnung herangezogen, was den Kreis der Anspruchsberechtigten senkt. Leider wurde unser Vorschlag die Richtlinien zu verbessern nicht aufgegriffen.

Wir haben in der letzten Gemeinderatssitzung nebenstehenden Antrag gestellt. Es freut uns sehr, dass unser Antrag einstimmig angenommen wurde.

Einführung eines Unterstützungspakets für die Spielberger BürgerInnen

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Spielberg möge beschließen:

Der Gemeinderat beauftragt den Sozialausschuss mit der Ausarbeitung eines Unterstützungspaketes für die Spielberger BürgerInnen. Das Maßnahmenpaket soll in der Gemeinderatssitzung im Herbst dieses Jahres beschlossen werden.

Inhaltlich tritt die KPÖ für die Aufnahme folgende Punkte in das Maßnahmenpaket ein:

- 0 Aussetzung der Valorisierung von Gebühren
- 0 Anhebung und Indexierung der Sozialleistungen der Gemeinde
- 0 Verbesserung des Teuerungsbonus der Gemeinde
- 0 Einführung einer Spielberg-Card mit der auf unbürokratische Weise bestimmte Leistungen der Gemeinde bezogen werden können.

Es braucht eine grundsätzliche Veränderung



Die Gemeinden können an einigen Schrauben drehen, die die Auswirkungen der Inflation auf die Menschen etwas abfedern. Dass gleiche gilt für das Land Steiermark.

steuern auf Millionen- und Milliardenvermögen, Luxussteuern auf ausgewählte Produkte und höhere Spitzensteuersätze auf extrem hohe Einkommen. Es braucht Maßnahmen gegen die Spekulation wie z.B. die Besteuerung der Übergewinne, die durch die Preiserhöhungen entstehen.

Auch der

Großteil der Maßnahmen der Bundesregierung waren bis jetzt nur Symptombekämpfung, die den Menschen im besten Fall eine kurze Verschnaufpause ermöglichen. Eine wichtige Maßnahme und langjährige Forderung der KPÖ, die Indexierung der Sozialleistungen, wird nun teilweise umgesetzt.

Ein Bündel an Maßnahmen

Damit der Zugang zu lebenswichtigen Produkten nicht unleistbar wird braucht es Preisregulierungen. Einige Länder sind diesen Weg bereits gegangen. Zum Beispiel könnte der Grundverbrauch an Energie preislich gedeckelt werden. Auch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Mieten müsste in Betracht gezogen werden.

Auf verminderten Steuereinnahmen müssen allerdings ausgeglichen werden damit der Sozialstaat handlungsfähig bleibt. Darum braucht es Maßnahmen zu einer Umverteilung: Reichen- und Erbschafts-

Sprechstunde mit Sozialberatung

**KPÖ-GR Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber
Donnerstag, 28. Juli
KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240**

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Es braucht hohe Lohnerhöhungen - damit die Menschen nicht zu Bittstellern werden!

Gemeinden, Land und Bund haben einige Maßnahmen gegen die hohe Teuerung gesetzt. Aber das sind nur Tropfen auf den heißen Stein. Wesentlich wird sein, dass die Lohn- und Gehaltserhöhungen im Herbst hoch ausfallen. Die arbeitenden Menschen müssen deutlich mehr im Geldtascherl haben - und natürlich müssen auch die Pensionen entsprechend angehoben werden.

Es muss eine deutliche Prozentsteigerung geben. Die fatale Praxis von Einmalzahlungen ist nur eine kurzfristige Hilfe, und Einmalzahlungen haben vor allem keine Auswirkungen auf die Einkommen der Folgejahre.

Seit Beginn der Achziger-Jahre sind die Löhne und Gehälter der unselbständig Beschäftigten ständig gesunken. Die Lohnquote, das ist der Anteil von Löhnen und Gehältern am Gesamteinkommen ist kontinuierlich gefallen. Dem gegenüber sind die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen laufend gestiegen.

In den letzten 20 Jahren ist die Produktivität in Österreich um rund 40 Prozent gestiegen. Die Menschen machen immer mehr an Arbeit und bekommen dafür immer weniger Geld - und die Reichen werden immer reicher.

Das reichste 1 % verfügt in Österreich über rund 40 % des gesamten Nettovermögens, während die ärmeren 50 % der österreichischen Haushalte gemeinsam gerade einmal 2,5 % besitzen. Dabei wird ein großer Teil der Vermögen nicht durch ei-

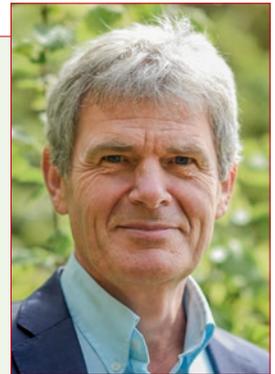
gene Leistung erworben, sondern (steuerfrei) geerbt.

Hohe Löhne und Gehälter sind nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit - es geht auch um die Finanzierung unseres Sozialsystems. Hohe Einkommen bedeuten auch höhere Einzahlungen in die Pensions- und Sozialversicherungskassen und damit werden auch die Pensionen, das Gesundheitswesen, das Kranken- oder das Arbeitslosengeld besser abgesichert. Deshalb ist es auch völlig falsch die sogenannten Lohnnebenkosten zu senken. Denn diese sind in Wahrheit Bestandteil der Löhne und Gehälter und tragen ebenfalls zur Finanzierung unseres Sozialsystems bei.

Es braucht Löhne und Gehälter von denen man gut leben kann ohne ständig um Zuschüsse ansuchen zu müssen. Hier geht es um die Würde der Menschen, die nicht zu Bittstellern degradiert werden dürfen.

Höhere Einkommen bringen mehr an Kaufkraft und beleben damit auch die Wirtschaft. Es geht auch um die Absicherung einer sogenannte „Mittelschicht“, die den Löwenanteil an den Steuerzahlungen trägt. Es wird die Aufgabe der Gewerkschaften sein die arbeitenden Menschen gut zu vertreten. Die Herbstlohnrunder müssen nicht nur die Inflation abdecken, sondern müssen endlich auch zu realen Einkommenssteigerungen führen meint Ihr...

**...KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com**



Leserbrief

Funkwasserzähler

Da die Gemeinde, ohne die Bürger darüber genau zu informieren, die gut bewährten Wasserzähler sukzessive auf Funkwasserzähler austauscht, habe ich bei der Konsumentenschutzorganisation DiagnoseFunk nachgefragt und folgende, interessante Antwort erhalten. (www.diagnose-funk.org und www.stop-smartmeter.at)

- Funkwasserzähler funken alle 15 Sekunden, 24 Stunden, 365 Tage im Jahr! Die Gemeinde allerdings liest diese Daten nur einmal im Jahr ab.

- Für Funkwasserzähler gibt es in Österreich bisher keinerlei gesetzliche Grundlage, daher hat jeder Bürger das Recht, den Zähler – ohne Angabe von Gründen – abzulehnen!

- Problematisch ist bei so einem Wasserzähler auch,

dass das Messprinzip fast immer auf Ultraschallbasis funktioniert und daher auch das Wasser sowohl mit Ultraschall, als auch mit Funk belastet wird.

- Funkwasserzähler verletzen das Recht auf Datenschutz und die Speicherung und Aussendung von Verbraucherdaten in kurzen Intervallen ist unzulässig.

Jeglicher zusätzliche Funk ist für uns Menschen und unsere Umwelt eine Mehrbelastung. Die Gesundheit der Bevölkerung sollte auch bei solchen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Elisabeth Wieser

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck: Gutenberghaus, Knittelfeld.



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltschutzbundes,
UW-Nr.744, 8720 Knittelfeld

LKH Knittelfeld: Personalmangel, Bettenschließungen: Es braucht einen Wandel in der Gesundheitspolitik!

Vor mehreren Monaten haben die Beschäftigten des LKH-Knittelfeld gegen die unhaltbaren Zustände, wie Personalmangel und hohe Belastung demonstriert. Vor kurzem haben ÄrztInnen in einem Brief an KAGes-Vorstand Gerhard Stark gewarnt, dass schon ab September die Normalversorgung zusammenbrechen und eine Triage, also eine Auswahl, welche Patienten behandelt werden und welche nicht – unumgänglich werden könne.



Nun wurde bekannt, dass die Bettenanzahl von 122 auf 90 reduziert wird. Als wäre das nicht schlimm genug, sorgt der KAGes-Vorstand Gerhard Stark in seiner

Reaktion für noch mehr Kopfschütteln: „Ich muss auch von der Bevölkerungsseite her überlegen: Wie gehe ich mit einem Gesundheitssystem um? Wann brauche ich wirklich ein Krankenhaus?“, gab er dem ORF gegenüber zu Protokoll.

Es ist ungeheuerlich der Bevölkerung den schwarzen Peter für die dramatische Situation im LKH Murtal zuzuschieben – niemand geht aus Spaß ins Krankenhaus! Die Schuldigen für den latenten Personalmangel sitzen nicht im Wartezimmer, sondern auf den Regierungsbänken in Land und Bund!

Die Schließung der Chirurgie in Knittelfeld und später die Zusammenlegung der Krankenhäuser Judenburg, Knittelfeld und Stolzalpe wurde der Bevölkerung als ‚zukunftsweisendes Projekt‘ verkauft – nun ist nicht einmal mehr die Grundversorgung gesichert.

KPÖ-GR Erich Wilding hat im Gemeinderat nachgefragt, ob es schon Gespräche über Lösungsmöglichkeiten gegeben habe. Der Bürgermeister antwortete, er wisse nur was in den Medien berichtet wurde.

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung des Murtals muss abgesichert werden. Hier müssen alle politischen Kräfte an einem Strang ziehen. Es ist höchste Zeit, dass die politisch Verantwortlichen die Augen öffnen und den Kurs in der Gesundheitspolitik ändern, bevor wir sehenden Auges in einen Notstand schlittern. Der ÄrztInnenmangel und die Probleme im Gesundheitsbereich sind nicht über Nacht gekommen, schon seit vielen Jahren haben viele ExpertInnen und auch die KPÖ gewarnt.

Viele Jahre lang wurde das Gesundheitssystem kaputtgespart. Gerade erleben wir, dass Milliardenbeträge für Militär und Rüstung bereit gestellt werden sollen. Wir brauchen Geld für Gesundheit und Pflege statt für Aufrüstung!

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler fordert eine deutliche Aufstockung der Medizin-Studienplätze, ein verbessertes Personalbedarfsplanungsinstrument für die Spitäler und die Ausarbeitung eines konkreten Maßnahmenpakets zur Erhöhung der Zahl von ÄrztInnen in der öffentlichen Gesundheitsversorgung.

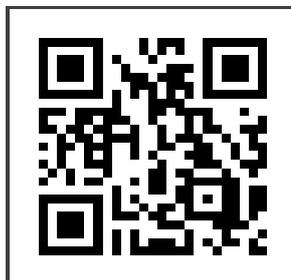
Petition „Nie wieder Airpower“



Wir fordern ein Ende dieser Art von Veranstaltungen. Wir treten ein für eine sinnvolle und nachhaltige Alternative, die einen Beitrag leistet, das Bewusstsein für den Klimawandel, neben Krieg die zweite große Bedrohung für die Menschheit, zu steigern.

Wir haben dafür eine Online-Petition gestartet und laden Sie ein, diese mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Sie

können die Petition über folgenden QR-Code erreichen und finden sie außerdem auf unserer Facebookseite: KPÖ Murtal. Sehr gerne schicken wir Ihnen auch Unterschriftenlisten zu, denn die Petition kann auch auf Papier unterschrieben werden. **KPÖ-Knittelfeld-Spielberg Tel.: 03512/82240**



**Fluglärm-
Beschwerde-
telefon
des Bundesheeres**



**0664/
622 330 4**

**Nehmen Sie den
Lärm nicht
einfach hin!
Rufen Sie an!**

Airpower: Der Lärmterror hat bereits begonnen! Belastung nicht widerspruchslos hinnehmen!

Die BewohnerInnen des Aichfelds sind durch den normalen militärischen Flug- und Übungsbetrieb das ganze Jahr über stark lärmbelastet! Neben den erheblichen Lärmquellen durch Autobahn, Eisenbahn und den privaten Motorflugbetrieb gibt es zusätzlich in mehr als der Hälfte des Jahres eine außerordentliche Lärmbelastung durch den Red Bull Ring. Zusätzlich zu dieser massiven Lärmproblematik kommen nun noch die Vorbereitungsflüge für die Airpower.

Wir meinen die Gesundheit, das Ruhebedürfnis und das Wohlbefinden unserer BewohnerInnen des Aichfelds muss über wirtschaftlichen Interessen stehen! Deshalb haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung folgenden Antrag gestellt:

Resolution der Stadtgemeinde Spielberg betreffend die Übungsflüge zur AirPower

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Spielberg möge beschließen: Der Gemeinderat fordert das Ministerium für Landesverteidigung auf folgende Anweisungen bzw. Anordnungen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur AirPower 2022 zu erlassen:

1. Aus Lärm und Sicherheitsgründen sind militärische Kunstflugübungen im Aichfeld ausschließlich über militärischem Gelände auszuführen unter Rücksichtnahme auf die dort angrenzenden Wohngebiete. Es dürfen keine wie immer gearteten Flugübungen über Wohngebieten mehr stattfinden!
2. Einrichtung einer Beschwerdestelle für Lärmbelastungen im Zusammenhang mit diesen Übungsflügen! Diese Beschwerdestelle muss mit Anordnungsbefugnissen ausgestattet werden um ein sofortiges Handeln bei unerträglichen Lärmbelastungen zu gewährleisten!
3. Die Vorfürhungen bei der AirPower und die im Vorfeld stattfindenden Übungen sind auf ein Minimum zu reduzieren.

Die SPÖ hat unseren Antrag mitbeschlossen. Die Forderungen gehen daher an das Verteidigungsministerium. Die ÖVP hat sich der Stimme enthalten.

95 zu 129 Dezibel

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner hat unsere Region besucht. Dabei wurden ihr auch Eurofighterübungsflüge präsentiert. Die maximale Lärmbelastung an diesem Tag lag bei 95 Dezibel. Die Lärmbelastungen an den Trainingstagen ohne Ministerbesuch betragen 118 Dezibel mit Lärmpegelspitzen bis zu 129 Dezibel.



Ist die Gesundheit der Bevölkerung egal?

Die Art der Übungsflüge für die Airpower ist eine Zumutung. Lärm macht krank, das kindliche Gehör ist besonders sensibel.

Das kann im Interesse der Gesundheit unserer Bevölkerung so nicht hingenommen werden. Deshalb haben wir nebenstehenden Antrag gestellt. Wir haben den Antrag bewusst so formuliert, dass es nicht um eine Zustimmung oder Ablehnung zur Airpower geht, sondern um Schutz und Gesundheit der Bevölkerung. Damit wollten wir erreichen, dass auch Befürworter der Airpower mitgehen können - und somit möglichst viel politischer Druck erzeugt wird.

In Spielberg, Fohnsdorf und Judenburg hat die SPÖ unserem Antrag zugestimmt. Die ÖVP hat in Judenburg dagegen gestimmt, ebenso wie die Grünen(!). In Fohnsdorf hat sich die ÖVP z.T. der Stimme enthalten, einige ÖVP-Gemeinderäte haben auch zugestimmt. In Knittelfeld haben SPÖ, ÖVP und FPÖ unseren Antrag abgelehnt.

Wir meinen, wer nicht gegen diese unerträgliche Lärmbelastung die Stimme erhebt lässt die Bevölkerung unserer Region im Stich.

Wesentlicher Profiteur der Airpower ist Red Bull. Der Rechnungshofbericht zur Airpower hat das klar aufgezeigt. Geht es um wirtschaftliche Interessen spielen Wohl und Gesundheit der Menschen allzuoft keine Rolle. Der Lärmterror, den wir in den letzten Wochen ausgesetzt waren ist ein trauriger Beleg dafür.



Erich Wilding Petra Lorberau

**Wir wünschen allen
Spielbergerinnen
und Spielbergern
einen schönen,
erholsamen und
sorgenfreien Sommer!**

**Ihre KPÖ-GemeinderätInnen
und die KPÖ-Spielberg**

So kommt die Elite zum Formel 1 Rennen...



Großveranstaltungen, wie die Airpower oder Motorsportveranstaltungen, kommen auch aus Umweltschutzgründen vermehrt in die Kritik.

Deshalb sind die Veranstalter bemüht ein grünes Mäntelchen herbeizuzaubern.

Beim Formel 1 Rennen wurde empfohlen mit dem Rad anzureisen. Ein sehr großer Anteil der Besucher hatte An- und Abreisen von vielen hunderten Kilometer. Wenn die letzten Kilometer dann per Rad zurückgelegt werden ist das lediglich eine Augenauswischerei. Wie man am Fliegerhorst und am Hubschrauberlandeplatz beobachten konnte, bevorzugt die Elite allerdings Privatjets und Hubschauber.

... nimm's Radl für das „Fußvolk“



Im Dienste der Reichen und Mächtigen

Immer wieder erleben wir, dass Gesetze so formuliert sind, dass sie einen möglichst breiten Interpretationsspielraum lassen und Verfahren möglichst im Sinne der Betreiber abgewickelt werden.

Diese Spielräume können dann jene nutzen, die die finanziellen Mittel haben teure Rechtsanwaltskanzleien zu beauftragen oder lange Verfahren durchzustehen. Dazu kommt noch die massive Unterstützung durch die Politik und Lobbying schon beim Verfassen von Gesetzen und Vorschriften.

Zu Beginn des Bewilligungsverfahrens für den Red Bull Ring sah die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) eine Besucherzahl von lediglich 25.000 vor. Dann wurde es durch verschiedene juristische Konstruktionen die Besucherzahl auf 100.000 pro Tag erhöht.

Normalerweise ist für die Errichtung eines Hubschrauberlandeplatzes eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgeschrieben. Auch hier wurde im Falle des Red Bull Rings eine Konstruktion gefunden die UVP zu umgehen.

Das Steiermärkische Veranstaltungsgesetz sieht Lärmgrenzen vor, die unter Fachleuten als höchst bedenklich gelten. Nicht umsonst trägt das Gesetz den Beinamen „Lex Spielberg“. Kein Wunder, wenn man sich an das bekannte Chat-Nachrichten-Zitat von Thomas Schmid von der „Hure der Reichen“ erinnert fühlt.



Eurofighterflüge vom Umweltministerium genehmigt

Die Genehmigung für die Vorführungsflüge der Eurofighter während des Formel 1 Rennens wurden vom von den Grünen geführten Umweltministerium erteilt.

Steiermärkische
SPARKASSE 
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld,
Friedensstraße 10, Telefon: 03512/82240
E-Mail: knittelfeld@kpoe-steiermark.at

Festrede von Peter Faßhuber, gehalten bei der Gedenkstätte des KZ-Außenlagers Bretstein:



Der Regisseur, Geschäftsführer und künstlerische Leiter der Theaterland GmbH in Oberzeiring, Peter Faßhuber, hat die Festrede bei der heurigen Gedenkveranstaltung bei der Gedenkstätte beim KZ-Außenlager Bretstein gehalten. Wir wollen seine wichtigen Worte hier wiedergeben:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich fühle mich geehrt, an diesem Gedenktag, an dieser besonderen Gedenkstelle, diese Rede halten zu dürfen und bedanke mich für die Einladung.

Dieser Ort ist ein Mahnmal für den Frieden. Ein Mahnmal gegen Waffen und ein Mahnmal gegen die Grausamkeit. Auch ein Mahnmal gegen die Dummheit der Eliten, die im Krieg ihr Heil und in Waffen ihr Vermögen finden.

Nimmt man die Antarktika und Australien aus, gibt es gegenwärtig keinen Kontinent auf dieser Welt ohne Krieg. Weltweit sterben jährlich rund eine viertelmillion Menschen unmittelbar an kriegerischen Handlungen. Eine Viertelmillion – das heißt, Jahr für Jahr wird bei kriegerischen Handlungen eine Stadt fast in der Größe von Graz ausgelöscht. Und deshalb möchte ich heute hier an dieser Stelle ein flammendes Plädoyer für den Frieden halten.

Kurt Tucholsky würde heute wieder, wie zu seinen Lebenszeiten, fragen: „Merkt ihr nicht?“ Dieser Frage müssen wir uns stellen. Die Antwort muss lauten: Doch, wir merken, was los ist, was der Plan ist, auf alle Fälle keiner, der uns vielen Menschen gut tut.

Die Zeitung aufgeschlagen, den Fernsehsender eingeschaltet, schon ist zu vernehmen, überall in diesen Medien herrscht wilder Trommelwirbel, heftig wird für Aufrüstung, für Eskalation, gegen Entspannung und gegen Verständigung getrommelt.

Schlimmerweise ist es so, dass dementsgegen das Wort Frieden nicht inflationär und heftig ausgerufen würde. Aber es muss herausgeschrien werden, seiner Umsetzung Nachdruck verliehen werden. Das Wort Frieden in seiner grandiosen, wunderbaren Natur – es ist alternativlos.

Es besteht Handlungsbedarf, weil unsere selbsternannten Eliten schon handeln und das zu unser aller Schaden. Der deutsche Militärhaushalt wird zum Beispiel monströs erweitert. Der Wahnsinn hat Methode. Der Bevölkerung, wird das als ehrenwert zu unser aller Nutzen verkauft. Und dabei kommt kein ernstgemeintes, realistisches Friedensangebot der führenden Kräfte. Uns wird zielgerichtet eingebläut, dass nur Waffen das Erfolgsmittel im Krieg wären.

Die Zerstörung ist in vollem Gang, nicht nur in der Ukraine, viele Kriegsherde werden am Brennen gehalten. Das und vieles mehr ist empörend. Erinnern Sie sich noch an die großen Wörter der Friedensbewegung in den 80ern des vergangenen Jahrhunderts? Abrüstung, Rüstungskontrolle, Konfliktverhütung, Vertrauensbildung....

In nicht wenigen westlichen Regierungen wird von oberster Stelle eine „Kriegsmüdigkeit“ befürchtet. Zitat Frau Baerbock. Man stelle sich das mal vor: „Kriegsmüde“ zu sein als Gefahr für den Frieden? Emanuel Kant sagte einst sinngemäß: Kriege dienen dazu, aus guten Menschen schlechte zu machen. Kriege kennen keine Sieger, nur Verlierer.

Und deswegen: Kriege müssen beendet, nicht fortgeführt werden. Reden statt Schießen. Verhandeln statt Eskalation. Verhandeln und Reden ohne Ende. Ohne Vorbedingungen. Waffen sind kein Mittel die Welt besser zu machen.

Wir befinden uns im 21. Jahrhundert und wieder und immer noch herrschen Kriege, wieder kommt es zu Aufständen und Unruhen. Das Wort des Klassenkampfes wird offen und ungeniert ausgesprochen, die Klasse der Reichen, der Waffenlobbys, die Manager der Waffenindustrie – und die besten sind in westlichen Demokratien beheimatet – hält sich den Bauch erfolgstrunken und vor Lachen, gewinnen sie den Kampf.

Der US-Investmentbanker Warren Buffet sagte dazu lässig: „Es herrscht Klassenkampf und meine Klasse, die Superreichen, gewinnt.“ „Merken Sie was?

In bedanke mich dafür, dass Sie mir zugehört haben und wünsche Ihnen und uns allen eine friedvolle Zukunft! Schon im Sinne unserer Kinder und Enkelkinder. Denn wie sagte einst Michail Gorbatschow? „An den Frieden denken, heißt an die Kinder denken!“

Die KPÖ sammelt Unterschriften für eine Pflegepetition!



Geht's der Pflege gut, geht's uns allen gut!

Wir fordern von der steirischen Landesregierung Maßnahmen gegen die Pflegekrise.

Ausgebrannte Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen, leerstehende Betten durch Personalmangel, fehlende Ausbildungsplätze: Die Corona-Pandemie hat die Pflege-Krise in der Steiermark dramatisch verschärft. Dass es dringend Lösungen braucht, wissen die Verantwortlichen in Landes- und Bundesregierung seit vielen Jahren – es fehlt jedoch an entschlossenen Taten!

Unsere Gesundheit und Pflege sind für uns als Bürger:innen, Pflegekräfte sowie Patient:innen von entscheidender Bedeutung. Darum fordern wir mit unserer Unterschrift die steirische Landesregierung dazu auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. **Aufstockung der Ausbildungsplätze für Pflegeberufe.**
2. **Verbesserung des Personalschlüssels in Spitälern und Pflegeheimen, für gute Arbeitsbedingungen und höhere Betreuungsqualität.**
3. **Finanzielle Absicherung für Personen in Pflegeausbildung, ähnlich der Polizei-Ausbildung.**
4. **Höhere Entlohnung für Pflegekräfte.**
5. **Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel einer 35-Stunden-Woche in der Pflege.**

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an die Stmk. Landesregierung gemäß § 110 Volksrechtgesetz.

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Unterschriften bitte schicken an: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Gerne schicken wir Ihnen auch Unterschriftenlisten zu. Tel.: 03512/82240